

Statt Alternative Endlagerstandorte:

„Beim Atommüll alles auf Null“

Am 11.11.2011 werden sich der Bundesumweltminister Töpfer und Vertreter der Länder treffen, um über den zukünftigen Umgang mit Atommüll zu beraten.

Dazu stellen wir fest:

1. Der Ansatz, lediglich nach einer kleinen Anzahl alternativer Standorte zu suchen, ist der Falsche. Nach den katastrophalen Erfahrungen mit den Atommülllagern Asse II und Morsleben und den Skandalen um Gorleben kann es längst nicht mehr nur um alternative Standorte für die Endlagerung gehen.
2. Wer eine vergleichende Betrachtung verschiedener Standorte unter „breiter Beteiligung der Öffentlichkeit“ fordert, verkennt oder versucht zu verschweigen, dass nach geltendem Recht am Ende ein Genehmigungsverfahren steht, auf das Betroffene keinen Einfluss haben.
3. Das Atommüll-Desaster in Asse II und Morsleben hat deutlich gezeigt:
 - eine in der Zukunft liegende und von verschiedenen Faktoren abhängige Langzeitsicherheit kann nie **nachgewiesen**, sondern allenfalls **vermutet** werden, es gibt ergo keinen „Langzeitsicherheitsnachweis“,
 - die bisher getroffenen Prognosen sind in der Realität nicht belastbar, da sie auf Modellrechnungen und Laborversuchen basieren,
 - ein Endlagerkonzept ohne Möglichkeit, gelagerten Atommüll langfristig kontrollieren und korrigierend eingreifen zu können, ist nach den Erfahrungen in Asse II weder politisch noch ökonomisch oder ethisch vertretbar
4. Eine **sichere** (End-) Lagerung von Atommüll ist nicht möglich. Zur Risikominimierung gehört deshalb die unverzügliche Abschaltung der Atommüll produzierenden Anlagen, um die Müllmenge auf das jetzige Übel zu beschränken.
5. Eine am Kriterium der Sicherheit ausgerichtete Suche nach einem verantwortungsvollen Umgang mit Atommüll muss frei von Einflüssen lobbyistischer Politik und Wirtschaft sein

Wir fordern daher den völligen Neuanfang der gesellschaftlichen Diskussion, wie die langfristige Verwahrung der atomaren Hinterlassenschaften mit dem objektiv geringsten Risiko möglich, nachvollziehbar, vertretbar und akzeptabel sein kann. Dabei müssen u.a. alle Vor- und Nachteile der Lagerung über Tage, oberflächennah oder in tiefen geologischen Formationen auf dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen neu betrachtet werden.

Voraussetzungen für eine offene gesellschaftliche Diskussion sind,

- die Aufgabe der vorbelasteten, auf dem gescheiterten Konzept beruhenden Standorte Gorleben und Schacht KONRAD;
- dass die Menge und stoffliche Zusammensetzung des in Deutschland produzierten Atommülls abschließend definitiv festgestellt ist;
- dass staatlicherseits verbindliche Rechtssicherheit hergestellt wird, dass es in Deutschland eine singuläre Lösung ausschließlich für den so spezifizierten Müll gibt,
- dass jeder betroffene Standort darüber hinaus bis zum Schluß unmittelbaren rechtlichen Einfluss auf alle Verfahren hat, bis hin zum Vetorecht;
- dass alle Lasten, die durch die Lagerung von Atommüll entstehen, auszugleichen sind, hierbei ist eine Beweislastumkehr gesetzlich zu verankern;
- alle Optionen erhalten bleiben, den in den Schachtanlagen Asse II und Morsleben vorhandenen Atommüll in ein neues Lagerungskonzept zu überführen.

Wir fordern den Bundesumweltminister und die Vertreter der Länder auf, sich diesem Neuanfang zu stellen.